Die Linke

Fraktion in der Bezirksversammlung Harburg

Liebe Genoss*innen und Interessierte
an sozialer und gerechter Politik in und für Harburg,

am vergangenen Wochenende stimmten weit mehr als eine halbe Millionen Wahlberechtigte in Hamburg sowohl über den Volksentscheid zu einem Test eines Grundeinkommens, kurz "Grundeinkommen" als auch über ein schnelleres Erreichen der Klimaziele, kurz "Zukunftsentscheid" ab. Der Zukunfsentscheid hat sich durchgesetzt, das Grundeinkommen nicht. Die vergleichweise hohe Abstimmungsquote von 43,7% der Wahlberechtigten zeigt aber vor allem: Hamburger*innen sind die Themen nicht egal. Und insbesondere der Zukunftsentscheid wird dafür sorgen, dass der Senat nun Farbe bekennen muss. **Prima Klima statt Oper und Olympia!**

In Harburg streiten wir konkret für unsere Demokratie und die Sicherheit der Harburger*innen! Doch lies selbst ...

Liked uns, teilt uns, folgt uns! Auf Facebook, Instagram, YouTube oder TikTok.
Eure Fraktion Die Linke in Harburg

Und hier ist die Newsletter- Anmeldung auf unserer website

Zur Newsletter-Anmeldung

Inhalt

1. aus der Fraktion
2. aus der Bezirksversammlung und den Fachausschüssen
3. aus der Bürgerschaftsfraktion
4. Termine
5. Tipps

---

1. Aus der Fraktion

CDU setzt bei Wahl des Bezirksversammlungsvorsitzenden auf Stimmen der AfD

Die beabsichtigte Wahl des CDU-Politikers Robert Timmann am 23. Sept. 2025 zum neuen Vorsitzenden der Bezirksversammlung Harburg sorgte trotz Scheiterns für scharfe Kritik. Jörn Lohmann, Fraktionsvorsitzender der Linken in der Harburger Bezirksversammlung, beklagte, dass die CDU erneut die Zusammenarbeit mit der rechtsextremen AfD in Kauf genommen hat, um einen rein symbolischen Posten zu besetzen.

Die CDU versuchte gemeinsam mit der Volt-Partei und der AfD den CDU-Politiker Robert Timmann zum Vorsitzenden des Präsidiums der Bezirksversammlung Harburg zu wählen. Diese Wahl sollte der CDU die Besetzung einer Position ermöglichen, die vor allem repräsentative Aufgaben hat.

Jörn Lohmann, Fraktionsvorsitzender der Linken in der Bezirksversammlung: *"Was wir hier erlebt haben, ist ein moralischer Bankrott. Die CDU hat für eine reine Symbolposition erneut das Tabu gebrochen und auf die Stimmen der AfD gesetzt. Obwohl die AfD vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird, scheut die CDU nicht davor zurück, sich mit ihr ins Bett zu legen. Für das konservativbürgerliche Bündnis von CDU und Volt ist offensichtlich das Amt wichtiger als die demokratischen Werte."*

Die Linksfraktion Harburg verurteilt dieses Vorgehen aufs Schärfste und sieht darin eine gefährliche Normalisierung der Zusammenarbeit mit rechtsextremen Kräften. Dies ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht aller Demokrat*innen in Harburg, sondern setzt auch ein fatales Signal für die gesamte Stadt. Die Linke Harburg tritt weiterhin entschieden gegen jede Form der Zusammenarbeit mit der AfD und für eine Politik ein, die auf Respekt und demokratischen Werten beruht.

---

2. Aus Bezirksversammlung und den Fachausschüssen

Besserer Schutz für Schulkinder am Reeseberg!

Die Linksfraktion Harburg hat sich für mehr Sicherheit der Schulkinder am Reeseberg eingesetzt. Der Knotenpunkt an der Ecke Reeseberg/Baererstraße wird täglich von vielen Kindern auf dem Weg zur Schule überquert und ist durch unübersichtliche Verkehrssituationen gekennzeichnet.

In unserem Antrag fordern wir, dass die Stelle umfassend geprüft wird, um die Situation schnell zu entschärfen. Die Verwaltung soll in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Landesbetrieb Verkehr (LBV) prüfen, welche Sofortmaßnahmen möglich sind, darunter die Einrichtung einer Querungshilfe und die Verbesserung der Sichtverhältnisse.

Für uns ist klar: Die Sicherheit unserer Kinder hat oberste Priorität. Wir bleiben dran, bis dieser gefährliche Schulweg in Harburg sicher ist!

Weitere Informationen hier.

AK Harburg-Ausfall zeigt akute Gefahr: wir fordern städtische Notfallpläne!

Der mehrtägige Ausfall des Asklepios Klinikums Harburg (AK Harburg) aufgrund eines Wasserschadens hat die kritische Versorgungslage im Bezirk und darüber hinaus drastisch vor Augen geführt. Das Klinikum ist ein zentraler Pfeiler der medizinischen Daseinsvorsorge, dessen plötzlicher Ausfall eine akute Gefahr für die gesamte Region darstellt.

Als Linksfraktion Harburg kritisieren wir, dass es offenbar keine belastbaren Notfall- und Ausweichpläne auf Seiten der Stadt gibt. Die Situation ist besonders brisant, da das AK Harburg nicht nur die Menschen in Harburg versorgt, sondern auch Patient*innen aus dem südlichen Hamburger Umland und Niedersachsen aufnimmt.

Wir fordern den Senat und die Gesundheitsbehörde auf:

- Sofortige Erstellung von Notfallkonzepten: Es müssen klare Pläne erarbeitet werden, wie bei einem erneuten Ausfall eines Großkrankenhauses die Versorgung der Bevölkerung gesichert wird.
- Öffentliche Verantwortung stärken: Die Abhängigkeit von der privaten Asklepios-Kette bei der Gesundheitsversorgung ist ein Risiko. Wir setzen uns weiterhin für eine Rekommunalisierung der Krankenhäuser ein.

Simon Dhemija, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion, fasst die Gefahr zusammen: *“Nach der Schließung vom Krankenhaus Groß Sand gibt es keine Möglichkeiten mehr, eine stabile Notfallversorgung im Hamburger Süden sicherzustellen. Der Senat spielt hier mit der Gesundheit der Harburger Bevölkerung.”*

Die Linke wird das Thema in der Bezirksversammlung weiterverfolgen, um die Sicherheit der Gesundheitsversorgung in Harburg zu gewährleisten.

Weitere Informationen hier.

Menstruationsartikel sind keine Luxusgüter, sondern Produkte des täglichen Bedarfs!

Menstruationsartikel sind keine Luxusgüter, sondern lebensnotwendig! Die Linksfraktion Harburg hat in der Bezirksversammlung einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt, kostenlose Menstruationsprodukte an öffentlichen Orten zur Verfügung zu stellen.

Dies soll ein Zeichen gegen die sogenannte "Periodenarmut" setzen – die finanzielle Notlage, in der sich Menschen die notwendigen Hygieneartikel nicht leisten können. Dies betrifft besonders Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende und Jugendliche.

Wir fordern das Bezirksamt auf, die notwendigen Schritte zu prüfen, um Tampons und Binden in städtischen Einrichtungen wie dem Rathaus und öffentlichen Toiletten kostenfrei anzubieten.

Die Bereitstellung kostenloser Menstruationsartikel ist ein wichtiger Schritt für die soziale Gerechtigkeit und die Gleichberechtigung in unserem Bezirk. Wir werden diesen Antrag entschieden vorantreiben! Weitere Infromationen hier.

Ex-Karstadt-Gebäude: wir fordern gemeinwohlorientierte Nutzung

Seit der Übernahme des ehemaligen Karstadt-Gebäudes durch die Stadt fehlt ein überzeugendes Nutzungskonzept für die Zwischenzeit bis zu einer endgültigen Nutzung, die aktuell durch Volkshochschule, Bücherhalle und Archäologisches Museum angedacht ist. Die Linksfraktion Harburg fordert nun in einem Antrag das Areal nicht nur für kommerzielle Zwecke zu nutzen, sondern es zum neuen soziokulturellen Zentrum des Bezirks zu entwickeln.
Wir fordern die Nutzung für:

- Soziokulturelle Initiativen: Die lokale Kulturszene und die Stadtteilgemeinschaft brauchen dringend bezahlbare Räume.
- Bürgerbeteiligung: Harburger Bürger*innen sollen aktiv in die Gestaltung der Zwischennutzung eingebunden werden.
- Begegnungsort: Das Gebäude soll ein belebter Ort werden, der die Innenstadt aufwertet.

Das Gebäude ist eine einmalige Chance für Harburg! Die Linksfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, dass der Senat diese Chance nicht ungenutzt lässt und das ehemalige Karstadt-Gebäude zum Treffpunkt für alle Harburger*innen wird.
Weitere Informationen hier.

---

3. Aus der Bürgerschaftsfraktion

Opernpläne: KÜHNE+NAGEL muss NS-Vergangenheit aufarbeiten!

Der Hamburger Senat will ein neues Haus für die Hamburgische Staatsoper auf dem Baakenhöft in der HafenCity bauen lassen – mit massiver finanzieller Unterstützung von Klaus-Michael Kühne und seiner Stiftung. Die **Linksfraktion in der Bürgerschaft** betont, dass dies untrennbar mit der Aufarbeitung der dunklen NS-Vergangenheit des Unternehmens verbunden ist. Kühne+Nagel war als „Hausspedition der Wehrmacht“ und durch die Ausplünderung jüdischer Haushalte maßgeblich an den Verbrechen der Nationalsozialisten beteiligt. Bisher hat das Unternehmen diese Rolle nur unzureichend aufgearbeitet und keine aktive Geschichtspolitik betrieben.
Die Hamburger Linksfraktion fordert daher:

- Transparente Aufarbeitung: Der Senat und Kühne+Nagel müssen die vollständige NS-Vergangenheit des Unternehmens und seiner Gründer am Standort Hamburg aufarbeiten und offenlegen.
- Gedenkort und Bildung: Auf dem Gelände soll ein zentraler Ort der Information und des Gedenkens eingerichtet werden.

Marco Hosemann, Fachsprecher für Stadtentwicklung und Erinnerungskultur der Linksfraktion, stellt klar: *„Eine städtebauliche Entwicklung auf einem historisch so belasteten Gelände kann nur gelingen, wenn das Verschweigen der Geschichte ein Ende hat und das Gelände zu einem Ort der Erinnerung und der zivilen Nutzung wird.“*

Wir fordern den Senat auf, die städtebaulichen Planungen nur fortzusetzen, wenn das Unternehmen seiner historischen Verantwortung endlich nachkommt.
Weitere Informationen hier.

Bund lässt unsere Jugend im Stich

Der Bund kürzt massiv bei wichtigen Programmen wie dem Kulturpass für Kinder und Jugendliche. Besonders betroffen sind Projekte der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildung, die für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen oft die letzte Stütze sind.

Die **Linksfraktion in der Bürgerschaft** kritisiert scharf, dass der Bund damit die soziale Ungleichheit verschärft. Gerade jetzt, wo viele junge Menschen mit den Folgen von Inflation und sozialen Krisen kämpfen, ist eine Kürzung dieser essenziellen Angebote unverantwortlich.

Hamburg muss die Lücken füllen!

Wir fordern den Hamburger Senat auf, die finanziellen Lücken, die durch die Kürzungen des Bundes entstehen, auszugleichen. Es ist Aufgabe der Stadt, die Jugendsozialarbeit und die Schulsozialarbeit ausreichend zu finanzieren und zu sichern.

Für uns ist klar: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Zukunft unserer Jugend Sparpolitik zum Opfer fällt. Investitionen in Bildung und soziale Gerechtigkeit sind Investitionen in unsere Zukunft! Die Linksfraktion in der Bürgerschaft und auch in Harburg setzen sich weiterhin dafür ein, dass die Bedürfnisse junger Menschen in den Fokus rücken.

Weitere Informationen zum Thema hier.

---

4. Termine

18.10.: Info-Tisch am Neugrabener Markt

Du hast Anregungen, Themen vor Ort oder willst uns kennenlernen? Wir sind vor Ort und freuen uns auf deinen Besuch, Deine Anregungen und Fragen!
Ab 10 Uhr laden wir zum Gespräch. Weitere Infos hier.

25.10.: Info-Tisch in Heimfeld

Du hast Anregungen, Themen vor Ort oder willst uns kennenlernen? Wir sind vor Ort und freuen uns auf deinen Besuch, Deine Anregungen und Fragen!
Ab 10 Uhr laden wir zum Gespräch. Weitere Infos hier.

Sitzungen der Bezirksversammlung und Fachausschüsse

Die Bezirksversammlung und ihre Fachausschüsse bieten eine gute Möglichkeit, sich selbst ein Bild über die parlamentarische Arbeit der gewählten Vertreter*innen in Harburg zu machen. Denn sie haben stets einen öffentlichen Teil, an dem alle Harburger*innen teilnehmen können. Wer diese Chance nutzen will, findet auf unserer Terminübersicht die aktuellen Sitzungstermine sowie die jeweilige Tagesordnung der öffentlichen Teile.

---

5. Tipps

Warnung: BGH-Urteil erleichtert Eigenbedarfskündigung!

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat mit einem neuen Urteil die Möglichkeiten für Vermieter*innen, Mieter*innen wegen Eigenbedarfs zu kündigen, deutlich ausgeweitet. Nach dieser Entscheidung kann eine Kündigung nun auch dann zulässig sein, wenn Vermieter*innen die Wohnung erst umbauen müssen, um sie anschließend selbst zu nutzen.

Der Mieterverein zu Hamburg warnt, dass diese Entscheidung die Gefahr erhöht, dass die Eigenbedarfskündigung als Vorwand genutzt wird, um langjährige Mieter*innen aus ihren Wohnungen zu drängen und dann teurer neu zu vermieten. Dies ist ein weiterer Angriff auf den Kündigungsschutz und kann leicht missbraucht werden.

Wichtiger Tipp für Betroffene:

Sollten Sie eine Kündigung wegen Eigenbedarfs erhalten, die Umbauarbeiten als Begründung nennt, handeln Sie nicht allein! Lassen Sie die Kündigung umgehend von Expert*innen prüfen.

Suchen Sie sofort rechtlichen Rat wie etwa beim Mieterverein zu Hamburg! Nur so können Sie Ihre Rechte effektiv verteidigen.

Für uns als Linke ist klar: Wohnen muss bezahlbar und sicher sein. Wir fordern eine Stärkung des Mieterschutzes, um solche Spekulationen zu verhindern.

Folge uns!

Die Linke Fraktion i.d. Bezirksversammlung Hamburg-Harburg
Wallgraben 24, 21073 Hamburg
Telefon: 040 – 69 08 08 85 | E-Mail: geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-harburg.de

kein Bock mehr? Dann hier abmelden!

Abmeldelink | unsubscribe | Lien de désinscription | Anular suscripcíon | Link di cancellazione